

Bei Bahn und Post die Weichen endlich anders stellen

Verstärkter Widerstand auch im Jahr 1979 – das ist die Konsequenz aus der Erkenntnis, daß alle Kosmetik, alles lautstarke Gerede von einer grundlegenden „Liberalisierung“ der Berufsverbotepraxis das Andauern des Verfassungsbruchs nicht verdecken kann. Auch die scheinbar so unüberwindlichen Gräben zwischen Regierungskonzepten und dem scharfmacherischen Getöse der CDU/CSU dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Bonner Parteien im Grundsatz einig sind: engagierte Demokraten dürfen – wenn sie ihnen nicht passen – nicht in den Staatsdienst.

Aber da sind auch wichtige Differenzen: während Dregger nach einer noch konsequenteren Anwendung des sogenannten „Radikalenerlasses“ ruft, wollen SPD und FDP das angeschlagene Image der Bundesrepublik gegenüber dem Ausland ein wenig aufpolieren; ein Beweis für die Effektivität der Solidaritätsbewegung unserer Nachbarn. Die kosmetischen Operationen bewiesen aber auch: in den Führungsspitzen der Regierungsparteien muß mehr und mehr Rücksicht genommen werden auf die zunehmende Zahl der Berufsverbotegegner in den eigenen Reihen. Auch das ist ein wichtiger Erfolg und eine Ermutigung.

Wie die auf dieser Seite dokumentierten Fälle stellvertretend zeigen, ist aber für voreilige Illusionen kein Platz. Die Regelanfrage an den Verfassungsschutz wird durch eine „Regelzulieferung“ von „Erkenntnissen“ an die Einstellungsbehörden ersetzt, neue „Denkmodelle“ zur Entlastung des Verfassungsschutzes sollen das Verfahren rationalisieren. Von Liberalisierung keine Spur. Eine Änderung bringt nur der Widerstand der Demokraten – das heißt heute: in Bonn dabei sein.



Jürgen Hoffmann

Entlassungsverfügung für den Eisenbahner Jürgen Hoffmann zum 31. 3. 1979: „Es wird nicht bestritten, daß Sie sich im Dienst parteipolitisch zurückgehalten und nicht versucht haben, Kollegen von der kommunistischen Ideologie zu überzeugen. Sie bieten aber wegen Ihrer Betätigung in einer kommunistischen Partei außerhalb des Dienstes nicht die Gewähr der Verfassungstreue...“ Innerhalb von drei Jahren mußte sich Jürgen Hoffmann 10 (zehn) Anhörungen unterziehen, die sich hauptsächlich auf Aktivitäten für die DKP und die SDAJ bezogen. Auch Jürgen Hoffmann ist nicht der erste Vertreter seiner Familie, der politisch gemäßregelt werden soll. Sein Großvater wurde 1931 auf der Schachtanlage Westerholt fristlos entlassen wegen Organisation von Streiks, sein Vater wurde mehrfach angeklagt wegen „Staatsgefährdung“, die unter anderem in seinem Kampf gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik bestand. 14 Richter an Amts- und Arbeitsgerichten haben einen Solidaritätsaufruf für den von Berufsverbot betroffenen Bundesbahnassistenten unterschrieben.